

Rechtliche, administrative und raumplanerische Aspekte des Integrierten Küstenzonenmanagements (IKZM) am Beispiel der deutsch- polnischen Odermündungsregion

**Besuch der südamerikanischen Delegation
zu Fragen der grenzüberschreitenden
Kooperation zwischen Deutschland und
Polen / Tschechien
02.05.2013**

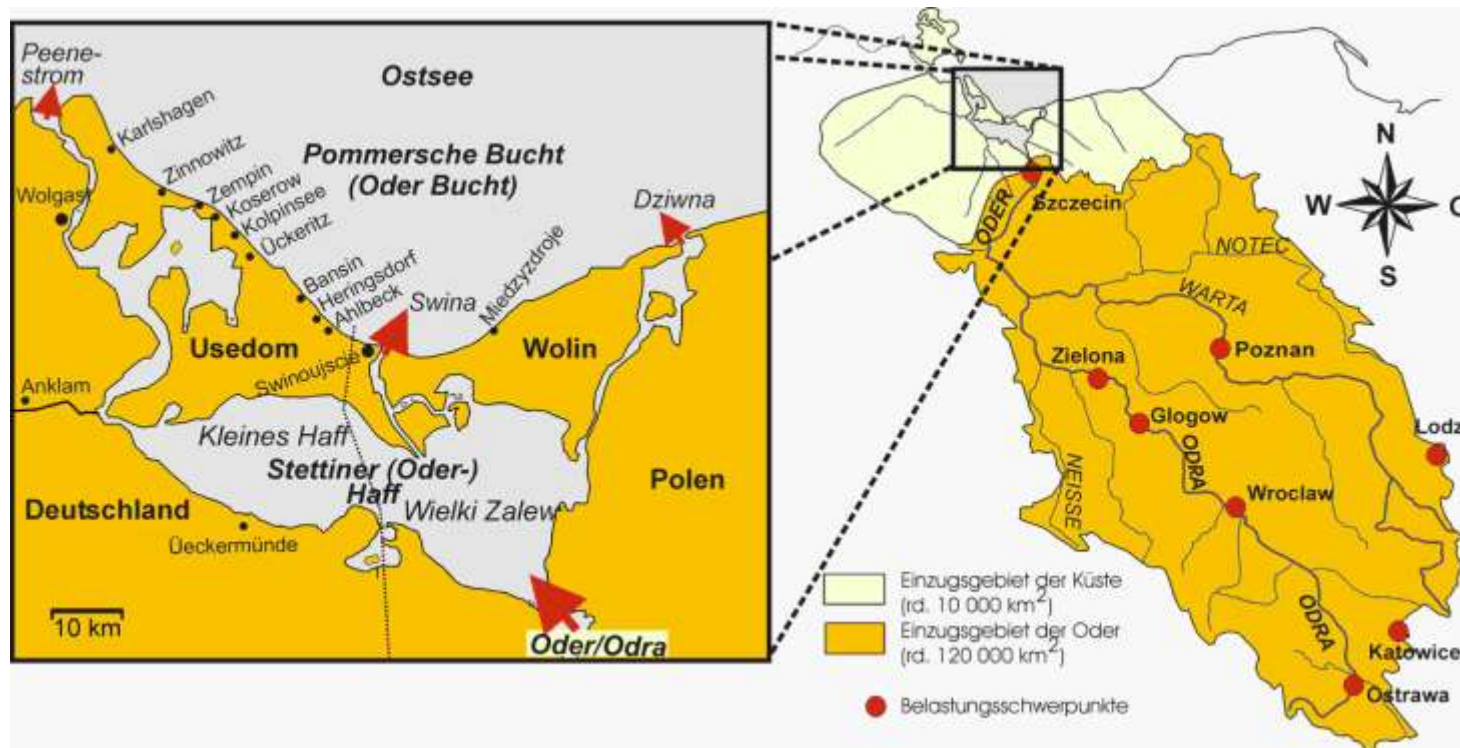
Prof. Dr. Gerold Janssen



Gliederung

- Untersuchungsregion
- Integriertes Küstenzonenmanagement (IKZM)
- Rolle der Raumplanung
- Europäische Verbände für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ)

Untersuchungsregion



IKZM

EMPFEHLUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES

vom 30. Mai 2002

zur Umsetzung einer Strategie für ein integriertes Management der Küstengebiete in Europa

(2002/413/EG)

RECOMENDACIÓN DEL PARLAMENTO EUROPEO Y DEL CONSEJO

de 30 de mayo de 2002

sobre la aplicación de la gestión integrada de las zonas costeras en Europa

(2002/413/CE)

IKZM

Grundlage:
Empfehlung 2002/413/EG

Kap. II (**Grundsätze**)

- Globale Betrachtungsweise
- Langfristige Sichtweise
- Anpassungsfähiges Management
- Spezifische Bedingungen
- Nutzung natürlicher Prozesse
- Einbeziehung aller Parteien
- Einschließlich Verwaltungsstellen
- Kombination von Instrumenten

IKZM

Grundlage :
Empfehlung 2002/413/EG


Kap. III (**Bestandsaufnahme**)

- Sektoren und Bereiche (13+)
- Verwaltungsebenen
- Akteursmatrix (Interessen, Rolle und Anliegen)
- Kooperationsstrukturen
- Politiken und Rechtsvorschriften

IKZM

Grundlage :
Empfehlung 2002/413/EG

Kap. IV (**Strategien**)

- Rollenbestimmung
- Instrumentenmix 
- Rechtsvorschriften
- Bottom-up-Initiativen
- Finanzierung
- Acquis communautaire
- Monitoring/Information
- Bildung

- Strategische Küstenpläne
- Regionale Entwicklungsplanung
- Gemeingebrauch fördern
- Vertragliche Vereinbarungen
- Wirtschaftliche und steuerliche Anreize

EVTZ

VERORDNUNG (EG) Nr. 1082/2006 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES
vom 5. Juli 2006
über den Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ)

REGLAMENTO (CE) N° 1082/2006 DEL PARLAMENTO EUROPEO Y DEL CONSEJO
de 5 de julio de 2006
sobre la Agrupación europea de cooperación territorial (AECT)

Rahmenbedingungen des EVTZ

EVTZ-Verordnung 1082/2006

- am 1.6.2006 in Kraft getreten;
- ab 1.6.2007 volle Geltung;
- Verordnung, keine Richtlinie;
- Rechtsinstrument, kein Finanzierungsinstrument

Rahmenbedingungen des EVTZ

Wer kann Mitglied werden? -> Art. 3

- Mitgliedstaaten (Behörden auf nationaler Ebene)
- regionale Behörden
- Einrichtungen des öffentlichen Rechts →
(Art. 1 Abs. 9, UAbs. 2 der Richtlinie 2004/18/EG; z. B. Hochschulen; wissenschaftliche Einrichtungen)
- Mindestens zwei Mitgliedstaaten (+Drittstaaten)
- **Zustimmung der Mitgliedstaaten** -> Art. 4 Abs. 3

Rahmenbedingungen des EVTZ

Umfang der Rechtsfähigkeit:

- „Umfassendste Rechtsfähigkeit“ (Art. 1 Abs. 4) über Vermögen, Einstellung von Personal, Rechtsverfahren
- EVTZ kann die Rolle der Verwaltungsbehörde oder des GTS übernehmen
- EVTZ kann Bewilligungsschreiben unterzeichnen
- EVTZ kann Begünstigter werden
- öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich gestaltbar

Rahmenbedingungen des EVTZ

Keine Befugnisse:

- Aufgaben, die „die Ausübung hoheitlicher Befugnisse oder Verpflichtungen zur Wahrung der allgemeinen Interessen des Staates oder sonstiger öffentlicher Einrichtungen betreffen“ -> Art. 7 Abs. 4, „etwa“
- Polizei- und
- Regelungsbefugnisse,
- Justiz,
- Außenpolitik,
- Maßnahmen ohne EU-Finanzierung, falls Beschränkung durch die Mitgliedstaaten auf Art. 6 EFRE-ähnliche Maßnahmen -> Art. 7 Abs. 3.

Schlussfolgerungen

- Die Raumplanung spielt beim IKZM eine wichtige Rolle und bietet eine gute Plattform für grenzübergreifende Zusammenarbeit.
- Rechtliche und raumplanerische Asymmetrien an Grenze sind zu überwinden.
- Eine formalisierte Zusammenarbeit (EVTZ) bietet eine dauerhafte, verbindliche Rechts- und Planungssicherheit für eine hohe Kooperationsintensität. Damit ist die Kooperation nicht länger abhängig von sich ändernden Mehrheiten oder Meinungen auf staatlicher, politischer und/oder Verwaltungsebene.